

HERAUSFORDERUNG AFGHANISTAN

## VERNETZTE SICHERHEIT AM HINDUKUSCH

FACHKONFERENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
BERLIN, 28. MAI 2009

### EINLEITUNG

In einem Umfeld zunehmender Verunsicherung konzentrieren sich die Sorgen der Menschen immer stärker auf regionale bzw. lokale Konflikte, die, in Verbindung mit zunehmend nicht-staatlich organisierter Gewalt, zu immer stärker werdenden Bedrohungen führen.

Die bisherige Art und Weise, auf solche Bedrohungen zu reagieren, hat sich oft als nicht zielführend erwiesen. Die allein militärische Reaktion reicht in solchen Fällen oft nicht aus, zumal das Militär selbst nicht über alle notwendigen Kenntnisse und Instrumente verfügt, die für eine Prävention gewaltsamer Konflikte bzw. eine nachhaltige Konfliktbeilegung in nicht vertrauten Gebieten erforderlich sind.

In diesen Konfliktszenarien kommt es, parallel zu militärischen Einsätzen, in wachsendem Maße auch zu zivilen Kriseninterventionen. Strebt man kurzfristig durch Maßnahmen der Nothilfe und der militärischen Intervention eine Stabilisierung der Lage im Krisengebiet an, so gesellt sich zu diesem Aufgabenkomplex immer häufiger auch die Sicherstellung des Wiederaufbaus staatlicher Strukturen.

Dabei sehen sich militärische und zivile Akteure immer stärker mit Überschneidungen ihrer Handlungsfelder und der Notwendigkeit zur Koordination bzw. Kooperation mit anderen im Einsatzgebiet handelnden Institutionen konfrontiert. Die Frage, was das Militär auf der einen und zivile staatliche sowie nichtstaatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auf der anderen Seite gemeinsam und koordiniert erreichen sollen, ist zunehmend Gegenstand umfassender Erörterungen.

In Deutschland hat die öffentliche Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr in den vergangenen Monaten zugenommen und wurde dabei immer stärker von der Kontroverse bestimmt, ob es sich bei diesen Auslandseinsätzen eher um „Friedensmissionen“ oder



*Gerhard Wahlers,  
Leiter der Internationalen Zusammenarbeit der KAS begrüßt die Teilnehmer.*

doch stärker um „Kampfeinsätze“ handelte. Mit Blick auf den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sehen manche die Soldaten vorrangig Terrorattacken der Taliban ausgesetzt, die es zurückzuschlagen gilt. Andere nehmen sie dagegen vor allem in der Rolle von „bewaffneten Entwicklungshelfern“ wahr, die den Aufbau des Landes nicht nur sichern, sondern teilweise selbst vorantreiben. Beide Wahrnehmungen entsprechen der Realität vor Ort nur unzureichend. Vielmehr betont die Bundesregierung immer wieder, dass die Bundeswehr, wie auch die anderen Militärkontingente der ISAF-Partner, vorrangig zur Stabilisierung des Landes beitragen und die Wiederaufbauarbeit der afghanischen Regierung unterstützen sollen. Dies geschehe, indem diese Militärkontingente die unterschiedlichsten staatlichen und nichtstaatlichen, nationalen und internationalen Organisationen bei ihrer Arbeit am Wiederaufbau des Landes unterstützen, deren zivile Projektaktivitäten sichern und dabei sich selbst wie auch die afghanische Bevölkerung vor Übergriffen der Taliban bzw. der Al-Qaida-Terroristen schützen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung erachtete es als notwendig, im Rahmen einer Fachtagung mit erfahrenen Sicherheitspolitikern und -experten über die „Herausforderung Afghanistan“ und die unterschiedlichen außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Elemente der aktuellen deutschen Afghanistanstrategie zu diskutieren.

*Verteidigungsminister Franz Josef Jung hebt die Bedeutung der vernetzten Sicherheit angesichts asymmetrischer Bedrohungen hervor.*



## ERÖFFNUNG

Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, sprach zunächst allgemein über die veränderte Sicherheitslage in der Welt. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der folgenden Erosion des Zwei-Block-Systems habe sich die Konfliktlage grundlegend gewandelt: Neuartige Konflikte wie Bürgerkriege, Sezessionskriege und internationale militärische Auseinandersetzungen seien immer stärker in den Vordergrund gerückt. Zudem sei schließlich mit dem internationalen Terrorismus eine weitere, ernst zu nehmende, völlig neue Konfliktebene entstanden.

Um in Ländern, in denen der internationale Terrorismus seine Rekrutierungs- und Ausbildungsbasen und damit seinen wesentlichen Nährboden findet, Aufbauarbeit zu leisten, müssen Staaten gemeinsam agieren. In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die von US-Präsident Barack Obama neu orientierte Außen- und Sicherheitspolitik unerlässlich. Der Präsident will der Lage in Afghanistan seine ganze Aufmerksamkeit widmen. Zu erkennen sei dies an der Verstärkung der militärischen Präsenz Amerikas, der beabsichtigten Stärkung bereits bestehender afghanischer Sicherheitsorgane wie der Afghanischen Armee und Polizei, der geplanten verstärkten Zusammenarbeit mit regionalen Stammesstrukturen im Land und einer intensiveren Koordination mit den Regierungen der Nachbarstaaten Pakistan, Iran, China und Indien. Wahlers drückte dabei seine Überzeugung aus, dass auch die USA ohne verlässliche Partner eine solche neue Strategie nicht erfolgreich umsetzen können. Dies bedeute, dass sich das amerikanische strategische Vorgehen in Afghanistan dem deutschen Ansatz bzw. dem Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ stärker annähern werde.

Natürlich sei das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ nicht nur deshalb ein Thema für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie beschäftige sich, so Wahlers, schon seit längerem nicht nur mit der klassischen Sicherheitspolitik,

sondern auch mit der Entwicklungspolitik und dabei vor allem mit den Beziehungen und Überlappungen zwischen beiden Themenfeldern. Letzteres geschehe zunehmend auch in den KAS-Auslandsbüros.

Wahlers begrüßte an dieser Stelle Babak Khalatbari, der seit fünf Jahren das Büro der Stiftung in Kabul leitet, herzlich zu dieser Veranstaltung und verwies darauf, dass die Stiftung schon seit sieben Jahren mit einem für Pakistan und Afghanistan zuständigen Büro in Kabul versuche, die demokratischen Institutionen in Afghanistan zu stärken. Mit dem „National Center for Policy Research“ konnte inzwischen ein afghanischer Think-Tank gegründet werden, der sich auch mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen des Landes bzw. der Region auseinandersetzt. Zum Abschluss hieß Wahlers den Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung, in der Stiftung herzlich willkommen.

## Die Bundeswehr in Afghanistan

Der Bundesminister der Verteidigung betonte zu Beginn seines Redebeitrags, wie wichtig die Diskussion über die Zukunft der „Vernetzten Sicherheit“ aufgrund der veränderten Herausforderungen im 21. Jahrhundert sei. Neue asymmetrische Bedrohungen, die aus dem internationalen Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, dem zunehmenden Staatszerfall (Balkan) sowie der wachsenden Einschränkung des freien Seehandels durch Piraterie resultieren, stellen uns alle vor neue Aufgaben. Die am meisten Erfolg versprechende Abwehr dieser asymmetrischen Bedrohungen liege in der umfassenden Umsetzung des Konzepts der „Vernetzten Sicherheit“. Mit diesem Ansatz könne man den Herausforderungen erfolgreich begegnen und das Vertrauen der Menschen gewinnen.

Jung verwies darauf, dass Afghanistan – im Jahre 2001 noch ein Ausbildungs- und Rückzugsgebiet für Terroristen – heute wieder über eine Verfassung und einen demokratisch gewählten Präsidenten verfüge und auf



Deutsche Bundeswehrsoldaten sprechen im Rahmen der Zivil Militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) in der nördlichen Provinz Badakhshan von Afghanistan mit Vertretern eines Dorfrates. Das Bild entstand am 16. Mai 2009.

die bisher erreichten wirtschaftspolitischen, bildungspolitischen und infrastrukturellen Verbesserungen stolz sein könne. Dazu habe auch die Bundeswehr in nicht unerheblichem Maße beigetragen.

Um diese Erfolge nicht zu gefährden, müsse die Bundeswehr weiterhin ihren Aufgaben nachkommen und damit „auch durch Kampf“ ihren Auftrag erfüllen. Der Einsatz verlange Opfer, an die wir uns alle unter Schmerzen noch gewöhnen müssen, so der Bundesminister, der den Soldaten für ihre integre Haltung und Tapferkeit im Einsatzgebiet, trotz aller gegenteiliger Äußerungen in manch einer öffentlichen Debatte in Deutschland, seine Bewunderung aussprach. Das Ziel hinterhältiger Anschläge wie jenem, der sich im Vorfeld der Tagung in Faizabad ereignet hatte und bei dem ein deutscher Soldat getötet wurde, sei es, so Jung, in der afghanischen Bevölkerung Unsicherheit zu schüren und gleichzeitig die öffentliche Meinung in Deutschland negativ zu beeinflussen. Hinter diesem Anschlag stecke ganz offensichtlich die Drogenszene, die sich zur Wehr setze, weil der Drogenanbau in der besagten Region nicht zuletzt wegen des Einsatzes der Bundeswehr um 90 Prozent abgenommen habe. Sechshundert Personen der Drogenwirtschaft wären im letzten Jahr vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Auch wenn die Entwicklung nicht überall gleich verlaufe – so ist im Süden eine Steigerung des Drogenanbaus zu verzeichnen – müsse dieser Weg weiter beschritten werden. Denn die Alternative, den Taliban das Feld zu überlassen und damit die Bundesrepublik zu gefährden, bestehe für einen verantwortlich handelnden Bundesminister der Verteidigung nicht.

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen am 20. August 2009 stellte Jung eine Verstärkung der Truppen um 600 Mann in Aussicht. Sie sollen die Wahlen absichern helfen und die „Quick Reaction Force“, die sogenannte „Schnelle Eingreiftruppe“, unterstützen. Unter den 42 Nationen, darunter 28 NATO-Mitgliedstaaten, die in Afghanistan engagiert sind, sei die Bundesrepublik

daraufhin drittgrößter Truppensteller. Der Minister verwies zudem darauf, dass der amerikanische Präsident Obama gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel erst jüngst wieder zum Ausdruck gebracht habe, wie sehr er den deutschen Beitrag in Afghanistan schätze. Mit dem Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ trage die Bundesrepublik zur Stabilisierung Afghanistans entscheidend bei. Gleichzeitig müsse der *Comprehensive Approach* international noch effektiver umgesetzt werden.

#### „Vernetzte Sicherheit“ (Comprehensive Approach)

Der Bundesminister betonte, die aktuelle Afghanistan-Strategie der internationalen Staatengemeinschaft setze sich momentan aus drei wichtigen Komponenten zusammen: der Herstellung von Sicherheit, der Ankerbelung wirtschaftlicher Entwicklung und der Sicherstellung von *Good Governance*. Übertreffendes Ziel des Einsatzes sei es eine demokratische Entwicklung des Landes zu ermöglichen. Dabei können sich die bisherigen Leistungen sehen lassen, wie die nachfolgenden Zahlen verdeutlichen. So seien die Sicherheitsorgane gestärkt und 134.000 Soldaten der afghanischen Streitkräfte sowie 80.000 Polizisten ausgebildet worden. Gemeinsam mit den Franzosen ist eine erste Pionierschule in Afghanistan errichtet worden. Beeindruckt zeigte sich Jung auch über die Erfolge der CIMIC-Teams (*Civil-Military Cooperation*) der Bundeswehr. Sie schafften Vertrauen in der afghanischen Bevölkerung, indem gemeinsam mit dem *Provincial Development Fund* (PDF) wichtige Projekte für die Energie- und Wasserversorgung und medizinische Hilfe umgesetzt würden. Gemeinsam mit afghanischen Stammesältesten in den Provinzen schafften es die Entwicklungshelfer, dort anzusetzen, wo die Unterstützung am nötigsten sei. In jedem kleinen Ort würden mittlerweile Projekte vorangetrieben, damit die Bevölkerung endlich an der Entwicklung teilhaben könne. Dabei helfen auch die *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs), in denen alle deutschen Institutionen wie etwa das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-

Gerhard Wahlers dankt Minister Franz Josef Jung für seine Teilnahme an der Konferenz.



menarbeit und Entwicklung (BMZ), sowie das Bundesministerium des Innern erfolgreich zusammenarbeiten.

Auch wenn die umfassende Umsetzung der Menschenrechte in Afghanistan in der Bevölkerung immer noch stark diskutiert werde und Säureattentate auf Mädchen, die unsere Schulen besuchen, Rückschläge bedeuten, warnte der Minister davor, aufzugeben und betonte dabei, dass Afghanistan nicht mehr in die Hände der Taliban zurückfallen dürfe. Dabei sei die kritische Lage im Nachbarland Pakistan ein Hinweis darauf, dass auch die regionale Entwicklung nicht vernachlässigt werden dürfe. Auch dort müsse in Zukunft ein vernetzter Ansatz verwirklicht werden. Gespräche über die Grenzsicherheit zwischen Afghanistan, Pakistan und der ISAF hätten inzwischen zu Vereinbarungen die Einrichtung von sechs neuen Grenzkontrollstationen geführt. Dies sei, so Jung, ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Grenzen Afghanistans und zur Unterbindung von Infiltrationen terroristischer Kräfte aus dem Nachbarland Pakistan.

Zum Schluss betonte Jung noch einmal, dass in einer so stark zusammengedrängten Welt, wie wir sie heute vorfinden, Bedrohungen wie jene in Afghanistan direkte Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland haben. Deswegen sei der Beitrag der Bundesrepublik zur Befriedung und Entwicklung Afghanistans so wichtig und nicht zuletzt auch entscheidend für den Erfolg der ISAF-Mission.

In der anschließenden Fragerunde mit dem Minister wurde u.a. nach einem Versöhnungskonzept für Afghanistan gefragt. Jung betonte, dass die Menschen in Afghanistan bereit seien, mit dem Militär zusammenzuwirken. Mehr wolle er in der Öffentlichkeit nicht dazu sagen, weil der Gegner alles mitverfolge. Er hielte es zudem für klug, wenn eine solche Versöhnung von der afghanischen Regierung initiiert und einem durchdachten Konzept folgen würde.

Auf die Frage, ob das Militär nicht Aufgaben usurpiere, die eigentlich zivilen Institutionen vorbehalten bleiben sollten, antwortete Jung, dass sich das Militär tatsächlich solche Aufgaben zur Zufriedenheit der zivilen Partner erfüllt habe. Zudem müsse das Militär auch Aufgaben übernehmen, die andere nur erfüllen könnten, wenn sie vor Ort arbeiten würden. Dies sei aber mit Blick auf die Sicherheitslage für zivile Institutionen nicht überall möglich. Als sich z.B. die UN aus der Gormach-Region zurückgezogen habe, hätten dort die Taliban sofort wieder die Kontrolle übernommen. Dies zeige, dass die Zusammenarbeit zwischen ISAF, afghanischer Regierung und den Vereinten Nationen noch weiter verbessert werden könne.

Auf die Frage, wie beliebt die Bundeswehr seiner Meinung nach in Deutschland momentan sei, antwortete Jung, dass er es bedaure, dass die Bürger nur die Anschläge der Taliban wahrnehmen würden. Dies sei sicher auch das Ergebnis einer entsprechenden Berichterstattung in den Medien. Er wünsche sich daher von den Medien, dass diese auch über die positiven Entwicklungen in Afghanistan berichten würden, und meinte, dass alle dort engagierten Kräfte, darunter vor allem auch die deutschen Soldaten, eine solche Unterstützung verdient hätten.

Auf die Frage des Abgeordneten Winfried Nachtwey, inwieweit überhaupt ein gemeinsames allgemeines Lagebild existiere oder ob ein solches Lagebild nicht nur zur Einschätzung der eigenen Sicherheit vorhanden sei, bedauerte der Minister, dass der *Comprehensive Approach* nicht bei allen so weit fortgeschritten sei, wie bei der Bundeswehr und dass eine gemeinsame Lagebildentwicklung wichtig wäre. Dabei sei die Zusammenarbeit innerhalb der PRTs oft gut, bleibe aber abhängig von einzelnen Personen. Einzelne Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NRO) würden tatsächlich ihren eigenen Weg gehen und Distanz zum Militär halten. Dass das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ nicht in allen Ressortministerien gleich gut





*Eckart von Klaeden beleuchtet die neue Strategie der USA in seinem Vortrag.*

entwickelt sei, zeige nur, dass man weiterhin „dicke Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich bohren müsse“.

## **AFGHANISTAN – HERAUSFORDERUNG FÜR DIE INTERNATIONALE POLITIK**

### **Eine neue Strategie der USA**

Eckart von Klaeden, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ging in seinem Einführungsstatement vor allem auf die neue amerikanische Strategie im Nahen und Mittleren Osten und dabei vor allem in Afghanistan ein. Diese sei mit Blick auf die Region am Hindukusch inhaltlich deutlich redimensioniert worden, weil sie die Befriedung von Afghanistan und Pakistan als gemeinsame Aufgabe betrachte und in einem neuen, strategischen Ansatz integriere. Durch Truppenaufstockung und eine größere Anzahl von Ausbildern wollen sich die USA noch intensiver um Afghanistan bemühen. Von Klaeden sprach deshalb von einer zunehmenden „Amerikanisierung“ des internationalen Engagements in Afghanistan, schließlich würden die US-Amerikaner nach einer solchen Stationierung immerhin zwei Drittel des internationalen Truppenkontingents in Afghanistan stellen. Diese Intensivierung des Krisenmanagements, dem von Klaeden „ein hohes Maß an außenpolitischem Realismus“ bescheinigte, berge für US-Präsident Obama ein hohes politisches Risiko: Die Sicherheitslage sei momentan so schlecht wie noch nie seit Beginn des internationalen Einsatzes. Die Taliban kontrollierten heute große Gebiete im Süden und Osten des Landes, und die Zahl der Opfer im Jahr 2008 übertraf die aller Jahre zuvor. Dies verunsichere die afghanische Bevölkerung zusehends.

Rüdiger König, Leiter des Sonderstabs Afghanistan im Auswärtigen Amt, sah in der angekündigten Aufstockung der amerikanischen Truppen dagegen vielmehr eine taktische Modifikation der bisherigen Strategie, mit dem Ziel, die große Zahl ziviler Opfer zu verrin-

gern. Diese sei das Ergebnis umfassender Luftangriffe, die auf die zu geringe Zahl von Bodentruppen zurückzuführen seien. Dieses sogenannte *collateral damage*-Defizit gelte es in Zukunft durch den Einsatz einer größeren Zahl von Soldaten zu minimieren. Der Aufwuchs im zivilen Bereich reflektiere dagegen tatsächlich eine wachsende Bedeutung des *Comprehensive Approach* sowohl für das deutsche Engagement als auch für den internationalen Einsatz insgesamt, befand König. Ulrich Schlie, Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium, warnte dagegen davor, schon von einer „Amerikanisierung“ des Einsatzes zu sprechen. Es ginge in Afghanistan schließlich nicht nur um Soldaten. Wichtig für das Land seien erfolgreiche Wahlen und der Aufbau der afghanischen Armee und Polizei.

### **Kampf um die Köpfe – Versöhnungsgespräche**

Der sogenannte Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen in Afghanistan solle deshalb, so von Klaeden, höchste Priorität genießen. „Die Afghanen hören immer nur, wie viel Geld in ihr Land gepumpt wird, aber es kommt bei ihnen eben nicht an.“, erklärte er. Konkret plädierte dann Gunter Mulack, Direktor des Orient Instituts, dafür, sich vor allem den Paschtunen in Afghanistan zu widmen und deshalb mehr Mitarbeiter von ausländischen NRO zu entsenden, die Paschtu sprächen. Nur so könne der zivile Aufbau in Gang kommen und das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden. Die afghanische Regierung solle dabei vor allem gegen die Korruption im eigenen Land vorgehen. Den Menschen gehe es derzeit nämlich sehr viel schlechter als unter den Taliban. Die Paschtunen fühlten sich in ihrer Heimatregion von fremden Mächten „besetzt“ und sähen ihre Traditionen bedroht. Die ISAF solle deshalb auf das Ziel hinarbeiten, als eine *Assistance-Force* wahrgenommen zu werden.

Das Angebot von Präsident Barack Obama, eine politische Lösung auch über Gespräche mit „moderaten“ Taliban und die Einbeziehung der Nachbarn Iran, China,

# Herausforderung Afghanistan

## Vernetzte Sicherheit am Hindukusch



Indien und Russland zu suchen, hielt von Klaeden dagegen für problematisch. Für ihn sei nicht klar, was ein „moderater“ Taliban sei. Natürlich sei es sinnvoll, diejenigen abzuwerben, die sich nur wegen des Geldes von den Taliban rekrutieren ließen. Diese seien aber eher „unideologisch“ als „moderat“ zu nennen. Einig waren sich dagegen alle Podiumsteilnehmer darüber, dass die afghanische Regierung durchaus Versöhnungsgespräche führen sollte, wo sich diese Erfolg versprechen. Diese Verhandlungen seien aber nicht Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, so König, sondern können nur von der afghanischen Regierung auf der Grundlage der neuen Verfassung des Landes geführt werden.

### **Regionale Destabilisierung weckt Bedarf an neuer Strategie**

Als eine große Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft bezeichneten alle Podiumsteilnehmer die Entwicklung im Nachbarland Pakistan. Gunter Mulack, von 2005 bis 2008 deutscher Botschafter in Pakistan, verwies darauf, dass die Taliban aktuell sowohl das Swat-Tal als auch Süd-Wasiristan kontrollierten. Er berichtete von 2,5 Mio. Binnenflüchtlingen, mehr Terroranschlägen, mehr Entführungen und weniger Sicherheit. Die selektive Anti-Terror-Politik der pakistanischen Armee und die höchst spannungsreiche indo-pakistanische Beziehung um den Kaschmir-Konflikt machten Pakistan – so Mulack – zu einer Gefahr für die ganze Region. Auch von Klaeden bestätigte, dass in Pakistan eine beinahe paranoide Besorgnis hinsichtlich eines möglichen militärischen Übergriffs Indiens herrsche, und forderte von der neuen pakistanischen Regierung ein entsprechendes Umdenken. Die pakistanischen Streitkräfte müssten auf eine stärker „asymmetrische“ Kriegsführung vorbereitet werden und die pakistanische Regierung müsse einsehen, dass sie mit nuklearen Waffen in diesem inneren Konflikt nichts erreichen könne. Der Geheimdienst des Landes müsse zudem die Unterstützung illegaler Gruppen einstellen.

Von Klaeden bewertete das Doppelmandat von Richard Holbrooke, der von US-Präsident Obama als Sonderbotschafter sowohl für Afghanistan als auch für Pakistan eingesetzt wurde, als nützlich. Mulack meinte bereits eine Verbesserung des Verhältnisses der Präsidenten Hamid Karzai und Abdol Hossein Sardari erkennen zu können. Beide sahen die Hilfe der Internationalen Staatengemeinschaft derzeit als unerlässlich an.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde wurde vor allem kritisch gefragt, wer die nationale Führung des *Comprehensive Approach* übernehmen solle. Es gehe dabei auch darum, dass sich die internationale Staatengemeinschaft diesem Ansatz öffne und zu einer wirkamen Arbeitsteilung gelange. Als schwierig wurde es angesehen, der deutschen Bevölkerung die Wichtigkeit des Einsatzes in Afghanistan zu vermitteln, während man gleichzeitig Pakistan als die eigentliche Gefahr darstelle.

Auf die Frage, wie man noch mehr deutsche Polizeikräfte mobilisieren könne, die sich einer solchen gefährlichen Situation wie in Afghanistan als Ausbilder stellen wollten, war die einhellige Antwort, dass man nicht zuletzt die Vergütung für solche Auslandseinsätze entsprechend anpassen müsse.

### **SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG IN AFGHANISTAN**

Frank Spengler, Stellvertretender Hauptabteilungsleiter Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, betonte zu Beginn seiner Moderation, dass im anschließenden Panel zum Thema „Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan“ vor allem auf die Verflechtungen zwischen der aktuellen Sicherheitslage und dem Stand der Entwicklungsarbeit eingegangen werden solle. Er sehe hier eine kausale Beziehung: Ohne ein gewisses Maß an Sicherheit könne es keine nachhaltige politische oder wirtschaftliche Entwicklung geben. Ebenso richtig sei, dass ohne eine nachhaltige

*Christian Ruck, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, bezeichnete Afghanistan als „eine der größten entwicklungspolitischen Baustellen Deutschlands“ – trotz der vielen Erfolge, die am Hindukusch erreicht worden seien.*



wirtschaftliche und demokratische Teilhabe langfristig keine Stabilität und Sicherheit erwartet werden könne.

Der Entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christian Ruck, bemerkte in seinem Redebeitrag, dass viele entwicklungspolitische Ziele der Bundesrepublik in Afghanistan inzwischen erreicht worden seien: 7 Mio. Kinder besuchen Schulen, 50.000 junge Leute studieren an 19 Universitäten, 19.000 km Straße seien gebaut und 80 Radio- und Fernsehsender neu in Betrieb genommen worden. Dennoch bliebe Afghanistan eine der größten entwicklungspolitischen Baustellen Deutschlands, und er sehe noch weiteren Handlungsdruck, weit über die afghanischen Grenzen hinaus.

### **Sicherheitslage**

Die Sicherheitslage in Afghanistan beschrieb er als dramatisch. Zwar ließe sich im Land ein deutliches Nord-Süd-Gefälle feststellen; die verschlechterte Sicherheitslage im Süden, die negative Stimmung in der Bevölkerung und die ungebremste Drogenproduktion ließen ihn jedoch zu dem Schluss kommen, dass ein Scheitern der internationalen Mission nicht mehr ausgeschlossen werden könne, besonders aufgrund der sich weiter destabilisierenden Lage in Pakistan. Die Idee, das Land von außen stabilisieren zu wollen, sei, so Ruck, „naiv“ gewesen. Der „Kuhhandel“ der internationalen Gemeinschaft mit „Warlords“ und anderen Personen, von denen man einige durchaus als Verbrecher bezeichnen könne, enttäusche die Bevölkerung. Hinzu kämen die „Kollateralschäden“ durch Luftangriffe und die Tatsache, dass die Taliban manchem Afghanen noch immer lukrativere ökonomische Anreize bieten könnten als die Regierung.

Dass Sicherheit und Entwicklung Hand in Hand gehen müssen, bekräftigte auch Babak Khalatbari, anhand einer Metapher: Er beschrieb einen Vogel, dessen beide Flügel jeweils für „Sicherheit“ bzw. „Entwicklung“ stün-

den und verwies darauf, dass der Vogel Afghanistan offensichtlich nur fliegen könne, wenn beide Flügel schlagen würden. Es stelle sich aber die Frage, welcher Flügelschlag zuerst erfolgen müsse. Darauf gäbe es unterschiedliche Antworten. In den ländlichen Gebieten, in denen 70 Prozent der afghanischen Bevölkerung wohnen, sei Sicherheit momentan überhaupt nicht gewährleistet. Dies stelle für die internationale Staatengemeinschaft eine besondere Herausforderung dar.

### **Zukünftige Entwicklung**

Mit Blick auf die unter diesen Umständen zu erwartende Entwicklung des Landes zeigte sich Ruck skeptisch. Seiner Einschätzung nach komme ein Großteil der Hilfe nicht bei den Bedürftigen an, weil diese unkoordiniert ablaufe und deshalb unwirksam sei. Trotzdem hält er die Ziele, welche die Bundesregierung mit ihrer entwicklungspolitischen Projektarbeit in Afghanistan verfolgen, für legitim. Demokratisch legitimierte Institutionen zu schaffen und den Menschen durch den Auf- und Ausbau afghanischen Know-Hows spürbare Erleichterungen zu verschaffen, sei unverzichtbar. Er schlage deshalb vor, sowohl die internationale als auch die nationale (interministerielle) Zusammenarbeit auf Stabsebene besser zu koordinieren. Auch schien ihm eine stärkere Kooperation mit den NRO sinnvoll, schließlich verfolgten alle das gleiche Ziel. Ruck forderte eine Harmonisierung der Strategie der „Vernetzten Sicherheit“. Selbst jetzt zögen noch nicht alle an einem Strang. Es müsse auch eine kritische Evaluierung möglich sein. Dies gelte vor allem für die Verwendung von Budgetmitteln. Er rechtfertige vor dem Bundestag gerne jeden Misserfolg, betonte aber, es müsse über Irrtümer und Versäumnisse wie über Misserfolge im Bundestag offen und vorurteilsfrei diskutiert werden können. Seiner Meinung nach müssten die Provinzverwaltungen in Afghanistan gestärkt werden. Nur ein enger Kontakt zu den Menschen vor Ort ermögliche Perspektiven aufzuzeigen, um sie vom Drogenanbau wegzubekommen.



*Frank Spengler, stellvertretender Leiter der Internationalen Zusammenarbeit der KAS, geht auf die kausalen Beziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung und Stabilität und Sicherheit ein.*

Daneben müsse die afghanische Zivilgesellschaft gefördert werden. Gemeinsam könne man daraufhin Druck auf die afghanische Regierung ausüben, deutliche Signale gegen Korruption zu setzen. Für unabdingbar hielt auch er die Berücksichtigung der regionalen Komponente, vor allem in Gestalt des unruhigen Nachbarn Pakistan. Sobald dieser Staat wieder handlungsfähig sei, müsse dort eine Reform der politischen Strukturen erfolgen. Sollten sich nicht alle den Ansatz der „Vernetzten Sicherheit“ zu eigen machen, sehe er zwar die Gefahr eines Scheiterns der Mission, ein Rückzug aus Afghanistan komme jedoch nicht in Frage.

Der Leiter des Referats Entwicklungspolitik, Nord-Süd Fragen im Bundeskanzleramt, Mario Sander von Torklus, kritisierte in seinem Kommentar die fehlende gemeinsame Lageeinschätzung aller beteiligten internationalen Kräfte. Zudem störe ihn der Begriff „Wiederaufbau“, weil dieser suggeriere, es hätte vor den Taliban bereits etwas vergleichbar Erstrebenswertes gegeben. Das erklärte Ziel solle deshalb eher die positive Veränderung im sozialen und gesellschaftlichen Bereich sein. Es gelte, einen Staat ohne Terroristen zu schaffen, dessen Entwicklung von der einheimischen Bevölkerung vorangetrieben wird. Einen solchen Entwicklungsprozess vermisst von Torklus allerdings: An die internationalen Hilfgelder hätten sich Teile der afghanischen Administration bereits gewöhnt. Zwar herrsche in entwicklungspolitischen Expertenkreisen Einigkeit darüber, dass *national ownership* die Grundvoraussetzung aller Entwicklung sei; dennoch sei der Anreiz in Afghanistan zu klein, um einen Zustand zu erreichen, in dem ausländische (Finanz-)Hilfe nicht mehr gebraucht werde. Er plädiere deshalb für einen neuen Ansatz der ergebnisorientierten Finanzierung (*Cash on Delivery*). Auf diese Weise könne man sowohl den Afghanen größtmögliche Verantwortung übertragen, als auch das Problem der unsicheren Lage für Entwicklungshelfer lösen. Ziel sei es, die Empfängerländer in die Pflicht zu nehmen, Entwicklungen nicht nur anzustoßen, sondern auch umzusetzen, um erst

anschließend Geld von der internationalen Staatengemeinschaft zu erhalten. Dies spare Geld und Zeit, zumal internationale Entscheidungsprozesse wesentlich aufwendiger seien und mehr Zeit benötigten. Die für einen solchen neuen Ansatz notwendigen Strukturen seien in Afghanistan aber, so Christiane Hieronymus, Leiterin des Referats Afghanistan, Bangladesch, Pakistan im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – noch – nicht vorhanden. Sie bedauerte, dass Entwicklungshilfearbeit immer wieder der ihrer Meinung nach ungerechtfertigten Kritik ausgesetzt sei, zu teuer zu sein und zuviel Zeit zu benötigen. Deshalb appellierte sie an die Anwesenden, dem BMZ die notwendige Zeit zu lassen, die Afghanen in ihrer eigenen Entwicklung auch „mitzunehmen“. Die afghanischen Bürger müssten erst noch realisieren, dass ihr Staat bzw. ihre Regierung tatsächlich für sie sorgen wolle. Wenn schnelles Geld gebraucht werde, sei dies über die entwicklungsorientierte Nothilfe in den Provinzen auch immer mobilisierbar.

In der sich anschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob unsere Menschenrechtsvorstellungen mit denen des Islam vereinbar seien. Dies zwinge uns zu der Unterscheidung, was in der Tradition des Landes liegt, wann wir uns nicht einmischen dürften und was dagegen Dinge beschreibt, die wir nicht mehr akzeptieren können bzw. sollten. So seien in dem vom afghanischen Parlament vorgelegten Entwurf eines neuen schiitischen Familienrechts etwa Paragraphen enthalten, die die internationale Gemeinschaft nicht akzeptieren könne. Christiane Hieronymus betonte in diesem Zusammenhang, dass die Frage, ob die islamischen Menschenrechtsansprüche mit unseren vereinbar seien, sich so nicht stelle. Schließlich habe sich die afghanische Regierung durch Unterzeichnung internationaler Vereinbarungen dazu verpflichtet, diese universell anerkannten Wertvorstellungen durchzusetzen.

Auf die Frage nach den Entwicklungshilfebemühungen vor dem Jahr 2001 wurde erwidert, dass diese zwar





existierten, aber nur gering gewesen seien, da das Land so zerrüttet bzw. gefährlich gewesen sei, dass nicht mehr möglich schien. Auf eine Nachfrage zur Amerikanisierung der Polizeiausbildung hieß es, dass es tatsächlich Unterschiede im Grundsatz in der Polizeiausbildung gebe. Differierende Vorstellungen von Polizeiarbeit resultierten in unterschiedlichen Ausbildungskonzepten. Es scheine so, als ob die deutsche Ausbildung zu lange Zeit brauche, die schnelle Ausbildung mancher anderer Länder dagegen ihren eigentlichen Zweck oft verfehle.

Khalatbari wies in einer Stellungnahme zu den kommenden Wahlen in Afghanistan darauf hin, dass nur 7 der 44 aktuellen Präsidentschaftskandidaten politischen Parteien angehören. Auch der Amtsinhaber Karzai stelle sich nicht als Vertreter einer Partei zur Wahl. Dies liege daran, dass der Begriff „Partei“ in Afghanistan eher negativ konnotiert sei. Mehr als Unterstützung anzubieten und Ressourcen zur Verfügung zu stellen könne man momentan „von außen“ nicht tun. Demokratische Verantwortung müsse vor allem von den Abgeordneten und den Regierungsvertretern vorgelebt werden. Hier muss der Status quo als unbefriedigend gekennzeichnet werden. Schwierigkeiten seien auch mit Blick auf die gewünschte (externe) Wahlbeobachtung zu erwarten, und es müsse abgewartet werden, ob die Sicherheitslage eine solche Wahlbeobachtung überhaupt zulassen werde.

Sander von Torklus betonte am Ende noch einmal, wie wichtig ihm Koordination erscheine, wobei die Ziele unserer Strategie im Konsens gefunden und die einzusetzenden Instrumente koordiniert werden müssten. Es stelle sich aber die Frage, an welcher Stelle diese notwendige Koordination erfolgen solle, zumal es keine deutsche Koordinierungsstelle gebe. Jedes deutsche Ressort kenne nur seine eigene Verantwortlichkeit, weshalb es zu Reibungsverlusten käme. Die Idee eines „Superkoordinators“, etwa im Bundeskanzleramt, wäre aber auch nicht zielführend. Zwar gebe es in

Deutschland zwischen den beteiligten Ressorts wöchentliche Videokonferenzen und nahezu tägliche Telefonate; wichtig bleibe aber die Zusammenarbeit „vor Ort“.

#### **AFGHANISTAN ALS REGIONALES SICHERHEITSPROBLEM**

Als Moderator dieses Panels betonte Michael Borchard, Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, in seinen einleitenden Bemerkungen noch einmal, wie stark die Nachbarstaaten auf die Entwicklung in Afghanistan Einfluss nähmen, gleichzeitig aber auch unter den innenpolitischen Bedingungen in Afghanistan leiden würden. So leide der Iran sehr stark unter dem afghanischen Drogenanbau und Pakistan unter den sich aus dem afghanischen Kampfgebiet immer wieder auf pakistanisches Territorium zurückziehenden Taliban. Alle Staaten in der Region verfügten über wichtige Verbindungen zu Afghanistan und hätten deshalb ein Interesse, auf die Entwicklungen dort Einfluss zu nehmen. Diese Interessen zu beleuchten und ihre Konsequenzen für die innere und äußere Sicherheit Afghanistans zu analysieren sei deshalb Schwerpunkt dieser Aussprache.

#### **Afghanistan**

Babak Khalatbari benannte in seinem Einführungsstatement die vier Hauptproblemfelder Afghanistans als den Terrorismus, den Drogenanbau, die innenpolitische Instabilität sowie die daraus resultierenden Flüchtlingsströme, die nicht zuletzt auch die Nachbarländer tangieren. Er führte weiter aus, dass es den *einen* „Terrorismus“ als monolithischen Block nicht gebe, vielmehr würde er vier Untergruppen unterscheiden: die Taliban in Afghanistan und Pakistan, die Dschihadi-Gruppen und die Al Qaida.

Dazu meinte Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Afghanistan stelle für Pakistan nur eine abhängige Variable im Konflikt mit Indien dar.



*Trotz vielfältiger Erfolge der Bundeswehr beim Einsatz gegen die Drogenszene in Afghanistan habe der Drogenanbau im Süden des Landes zugenommen, so Verteidigungsminister Jung in seinem Vortrag. Das Bild zeigt afghanische Landwirte bei der Ernte eines Schlafmohnfeldes am 4. Mai 2000 bei Kandahar.*

Dabei verwies er auf einen Kommentar eines hohen Vertreters der UN, der zur Feier seiner Pensionierung auf die Frage eines Journalisten, ob er die Region in wenigen Sätzen beschreiben könne, antwortete: Indien sei der Garant der Stabilität. Pakistan sei der Garant der Instabilität. Afghanistan sei der Garant für das Chaos.

Ludger Siemes, Leiter des Referats Bilaterale Beziehungen zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im Bundeskanzleramt, bezeichnete die „Verdichtung“ in der aktuellen Debatte auf Pakistan und Afghanistan als unklug. Die Beschäftigung mit Pakistan sei auch ohne die Anbindung an Afghanistan eine dringende Notwendigkeit. Die in Afghanistan angebaute Drogen – Opium im Norden und Cannabis (schwarzer Afghane) im Süden des Landes – erzeugten eine sehr große Wertschöpfung. Man könne Cannabis auf dem Schwarzmarkt in Kabul für 10 Euro pro Kilo vom Hersteller erwerben und für rund 15.000 Euro pro Kilo in Europa vermarkten. Diese Handelsspanne sei sehr verlockend. Angesichts der geringen innenpolitischen Stabilität werde der Drogenbekämpfung zudem nur unzureichende Aufmerksamkeit gewidmet.

Nach Einschätzung Khalatbaris könnten die anstehenden Wahlen die Sicherheitslage im Land sogar noch verschlechtern. Die ohnehin bereits angezweifelte politische Legitimität des zukünftigen Präsidenten könnte sich durch einen eventuell notwendigen zweiten Wahlgang noch weiter verringern. Die größte Gefahr für den Kandidaten Karzai, der als Paschtune ein verlässliches Regierungsteam für die nächste Amtszeit zusammenzustellen beabsichtige, sei eine niedrige Wahlbeteiligung.

## Iran

Johannes Reissner, Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik, verwies in seinem Kommentar darauf, dass im Iran die Angst vor einem Überschwappen der Instabilität aus Afghanistan in das eigene Land weit verbreitet sei. Besonders die afghanischen Flüchtlingsströme und der Drogentransfer durch den Iran entwickelten sich immer mehr zu einem innenpolitischen Problem Irans. Unsicher seien sich viele über mögliche politische Schritte des Iran. Ob auch der Iran in Afghanistan Aufbauarbeit leisten wolle bzw. könne, sei dahingestellt. Eine iranisch-afghanische Grenzkommission gäbe es zwar, und sie funktioniere wohl auch reibungslos. Ob der Iran jedoch bereit wäre, in eine weitergehende Kooperation mit der afghanischen Regierung einzutreten, könne nur schwer vorhergesagt werden. Allerdings stehe für ihn fest, so Reissner, dass der Iran durchaus über die finanziellen Mittel verfüge, um etwa den Infrastrukturausbau finanziell zu unterstützen. Einen unmittelbaren Ansprechpartner gäbe es dafür aber aufgrund konkurrierender privater und staatlicher Akteure momentan nicht.

## Pakistan

Der Leiter der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik, Christian Wagner, verwies in seinem Kommentar darauf, dass er die regionale Sicherheit am ehesten durch die „Großbaustelle“ Pakistan gefährdet sehe. Der von den USA propagierte Anti-Terror-Kampf in der Region ver helfe der pakistanischen Armee zu innenpolitischen Privilegien. Sie werde in hohem Maße vom Ausland finanziell gefördert und von der Regierung entsprechend hofiert. Jegliche innenpolitische Entscheidung habe deshalb nur Erfolg, wenn das Militär zustimmt bzw. die politischen Schritte unterstützt. Aus diesem Grunde erscheinen ihm die aktuellen Zukunftsaussichten eher trübe. Es bestünden zu wenige Kontakte zur nächsten Offiziersgeneration, die mit den Konflikten um Kaschmir





und Afghanistan sozialisiert worden sei und einer Annäherung an den Westen skeptisch bis ablehnend gegenüber stehe.

Zusammen mit China, das gute Kontakte zur pakistanischen Armee unterhält, würden viele Reformen angestoßen und man versuche, die Führungsspitze der Armee mit moderaten Leuten zu besetzen. Ludger Siemes ergänzte diesen Hinweis mit der Beobachtung, dass das Shanghai-Corporation-Treffen mit Russland, der Loya-Jirga-Prozess sowie die trilateralen Treffen zwischen Pakistan, Afghanistan und den Vereinigten Staaten dazu beitragen könnten, diesen Reformbemühungen weiteren Auftrieb zu geben. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass alle beteiligten Akteure immer auch und vor allem ihre eigenen nationalen Interessen verfolgen. Fazit der Diskussion schien die gemeinsame Auffassung zu sein, dass nur die Staaten der Region gemeinsam Stabilität schaffen können und dass der Westen dies von außen nicht allein bewerkstelligen könne.

In der abschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Aufstandsbewegungen – wie jene in Afghanistan – auf die illegale Beschaffung von Kleinwaffen angewiesen seien und dass nur der Drogenhandel für diesen illegalen Waffenhandel die Mittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung stellen könne. Die afghanische Regierung, aber eben auch die westlichen Geberstaaten, müssten sich deshalb im Hinblick auf eine mögliche Unterbindung dieses illegalen Kleinwaffenhandels erhebliche Defizite vorwerfen lassen. Es gebe in Afghanistan umfangreiche Waffenlager, die zwar von Zeit zu Zeit entdeckt würden, bei denen man sich aber schon frage, wo diese Waffen herkämen (Iran?), womit sie bezahlt würden (Drogenerlöse?) und wer sie liefere (Iranischer Geheimdienst?). Diese Fragen könne momentan niemand vollständig beantworten.

Eine vollkommen andere Fragestellung sei die nach dem „afghanischen Subjekt“, d.h. nach den afghani-

schen, nationalen Interessen. Wer formuliere eigentlich diese nationalen Interessen und wer verkörpere sie? Zwar hätten viele Geberländer Interesse an Afghanistan, seiner politischen Entwicklung und seiner zukünftigen Staatsverfassung, aber welcher Afghane könne ein nationales Interesse zweifelsfrei artikulieren?

In Pakistan sei dies etwas anders, dort formuliere vor allem die Armee immer nur eine allerdings unkonkrete Gefährdungslage, legt sich aber auch nie fest, was in Zukunft mit Afghanistan geschehen solle bzw. wie Pakistan die aus seiner Sicht wünschenswerte Zukunft des Nachbarlandes beschreiben würde. Verwundern kann unter diesen Umständen natürlich auch nicht, dass man aus afghanischen Regierungskreisen ebenfalls keine konsistente außenpolitische Doktrin bzw. Standpunkte gegenüber den Nachbarländern Pakistan, Iran und Indien wahrnimmt. Solche Standpunkte sind eher individueller Natur und haben sehr viel mit den biographischen Hintergründen der einzelnen Akteure zu tun. Der afghanische Präsident Karzai hat etwa in Indien studiert und sein Vater wurde in Pakistan von den Taliban ermordet. Dies beeinflusse natürlich seine Haltung gegenüber diesen Nachbarländern. Aus diesen Gründen erscheine es unabdingbar, dass der Formulierung afghanischer Nationalinteressen in Zukunft unbedingt größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse und man die afghanische Regierungsführung dazu drängen sollte, derartige nationale Interessen auf demokratischer Grundlage endlich einmal klar und deutlich im gewählten afghanischen Parlament zu diskutieren und anschließend zu Regierungspolitik zu verdichten.



## KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÖRDERT SICHERHEITSPOLITISCHEN NACHWUCHS

Sicherheitspolitische Themen nehmen in der deutschen Öffentlichkeit nicht nur einen immer breiteren Raum ein. Angesichts wachsender Diskussionen über den Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten im Ausland, die strategische Sicherung von Energieressourcen oder die Beziehungen zwischen militärischen und nicht-militärischen Aspekten von Kriseneinsätzen sieht sich die Politik aufgefordert, Antworten zu geben beziehungsweise Argumente bereitzuhalten.

Um Sicherheitspolitik langfristig formulieren und aktiv gestalten zu können, braucht es sicherheitspolitisch gebildete Multiplikatoren, insbesondere in den Reihen der Parteien und ihrer Nachwuchsverbände. Dies gelingt vor allem durch die Förderung des außen- und sicherheitspolitischen Nachwuchses in Deutschland und dessen Vernetzung. Mit dem Kolleg „Vernetzte Sicherheit“ hat die KAS einen Förderkreis aus zwölf Nachwuchspolitikern gebildet. Ziel ist es, die sicherheitspolitische Expertise dieser Jungpolitiker mit gezielten Weiterbildungsveranstaltungen zu verbreitern. Das zweijährige Kolleg setzt sich aus vier Seminaren, einem Forschungs- oder Praktikumsaufenthalt sowie einer Veranstaltung zur Berufsorientierung und -förderung zusammen.

Die Hauptabteilung Politik und Beratung (Leiter: Michael Borchard (3 v.l.) der Konrad-Adenauer-Stiftung führt das Kolleg durch. Die wissenschaftliche Begleitung übernahm Professor Carlo Masala (5. v.l.) vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München. Ein erfolgreicher Abschluss des ersten Kollegjahrgangs wird für das Frühjahr 2010 erwartet.

Im Internet-Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung finden Sie weitere Informationen zu bisherigen Veranstaltungen und eine Liste der Kollegiaten 2008/2009:

<http://www.kas.de/wf/de/71.6278/>



### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin

### Text und Redaktion

Dr. Michael A. Lange,  
Franziska Schwarzmann

### Fotos

Christian Echle,  
Tobias Wangermann

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-941904-09-5

[www.kas.de](http://www.kas.de)